

Die Freiheit erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags aus dem... Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin...

Die schlagwortartige Komposition über Herrn Kaum kostet 1.- M., einschließlich... Kleiner Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.- M., jedes weitere...

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Wähler und Wählerinnen!

Aus der Flut des Wahlkampfes, die in diesen letzten Tagen vor der Entscheidung hohe Bogen schlägt, lassen sich zwei Grundtatsachen herausheben, um die es sich am 20. Februar handelt: Monarchistisch-militaristisch-agrarische Reaktion oder Fortentwicklung Preußens und Deutschlands zur sozialistischen Demokratie?

So und nicht anders ist die Frage gestellt!

Die Reaktionsparteien, die mit beispielloser Strupellosigkeit sich zu Kugeln des von ihnen herbeigeführten wirtschaftlichen Chaos machen, segeln unter der Flagge der Ruhe und Ordnung. Man vergegenwärtige sich, was das bedeutet.

Ruhe und Ordnung, das heißt im Munde der altpreussischen Reaktionsparteien unbeschränkte Herrschaft des Besitzes und des Aristokrates, das heißt Ausnahmezustand gegen die Arbeiter, Einschränkung der Vereins- und Koalitionsfreiheit, das heißt schrankenlose Ausbeutung der arbeitenden Bevölkerung durch die Agrarier.

Ruhe und Ordnung, das heißt Rückkehr des finsternen Reaktion auf allen kulturellen Gebieten, das heißt Verschärfung der Klassenjustiz zur Niederhaltung der revolutionären Arbeiterbewegung.

Blick nach Bayern! Dort herrscht die Parole Ruhe und Ordnung zum Entzücken aller preussischen Junker. Und was in Bayern vielleicht noch nicht ganz möglich ist, das wird sich in Preußen mit seinen reaktionären Traditionen vollenden. Wird einmal dem mit dem Hah und der Beratung der ganzen Welt beladenen Preussentum der Weg gebahnt, dann werden Preußen und Bayern gemeinsam jeden wirksamen Fortschritt im Reich zu verhindern wissen. Das ist die notwendige Folge eines reaktionären Wahlsieges am 20. Februar.

Vergeßt nicht allzusehn!

Erinnert Euch des Krieges, das die Junker- und Militaristen über Euch gebracht hat.

Erinnert Euch des zähen Widerstandes, den sie der Aufhebung des Dreiklassenwahlrechts entgegengekehrt hat zu der gleichen Zeit, als sie vom Volke die unerhörtesten Opfer forderte.

Erinnert Euch der wahnwitzigen Annexions- und Entschädigungsforderungen, die mitten im Kriege schon von den Konserativen und Nationalliberalen, den heutigen Deutschnationalen und Deutschvolksparteilern, in die Welt geschleudert wurden und die Ententemächte zu dem größten Widerstand aufreizten. Dieselben Kreise lamentieren heute über die Forderungen der Entente. Aber die wirklich Schuldigen sind die Herrscher, Herzog, Stresemann und Konserven.

Erinnert Euch des Hohms und Spotts, der Verleumdung und Hege gegen die revolutionäre Bewegung, gegen die Führer des Proletariats. Denkt daran, daß die preussischen Reaktionsparteien die Todfeinde der sozialistischen Demokratie sind.

Wer am 20. Februar reaktionär wählt, handelt nach dem Sprichwort:

Nur die allerdümmsten Älber, wählen ihre Wehger selber.

Eröffnung des englischen Parlaments

Die Thronrede

Das englische Parlament wurde gestern eröffnet. Es waren umfangreiche Vorlesungsregeln getroffen, da man Attentate von irischer Seite befürchtete. Die vom König verlesene Thronrede beginnt mit der Erklärung, daß die Beziehungen zu allen auswärtigen Mächten freundschaftlichen Charakter besitzen. In kurzer Zeit werde in London die Konferenz beginnen, an der die Alliierten aus dem letzten Kriege, sowie Vertreter Deutschlands und der Türkei teilnehmen werden. Der König gibt der Hoffnung Ausdruck, daß eine Durchsührung der Friedensverträge zu erreichen sein werde und die Eintracht Europas wiederhergestellt sowie die Ruhe im nahen Orient verwirklicht werden könnte. Es sei ferner zu hoffen, daß die Verhandlungen wegen eines Handelsvertrages mit Rußland zu einer befriedigenden Lösung führen werden. Die Thronrede spricht dann weiter von der Einsetzung der verfassunggebenden Körperschaft in Indien, von den Verhandlungen in der ägyptischen Frage, von den bevorstehenden Ministerkonferenzen mit den Vertretern der Dominions, sowie von großen Erparnismaßnahmen, welche die Regierung vorzunehmen wünsche. Im Interesse der kommerziellen und industriellen Wiederaufbau müsse versucht werden, die schweren Steuerlasten, die eine Kriegsfolge seien, möglichst zu erleichtern.

Die Thronrede wendet sich dann ausführlich der irischen Frage zu und begrüßt, daß die Methoden der Gewalt und des Verbrenners, die von einem kleinen Teile des irischen Volkes angewendet wurden, von dem größeren Teile der Bevölkerung verurteilt werden und daß der größere Teil des irischen Volkes das neue Home-Rule-Gesetz bewilligen werde. Sodann bespricht die Thronrede die innere Lage Englands und kündigt

Wie steht es mit den Koalitionsparteien?

Der scharfe unerbittliche Kampf gegen die Reaktion darf uns nicht blind machen gegen die Verschlingen und Unterlassungen der Koalitionsparteien, des Zentrums, der Demokraten und der Rechtssozialisten. Sie haben ebenfalls einen großen Teil an der Kriegsschuld, über die uns heute so überreich und zum größten Schaden der Arbeiterklasse quittiert wird. Sie haben es durch mangelnde Energie und teilweises Liebäugeln mit den alten Mächten so weit gebracht, daß die Reaktion in dieser Weise wieder ihr Haupt erheben kann. Das Zentrum hat besonders unheilvoll in der Schulpolitik gewirkt. Die Demokraten zeigten bei jeder Gelegenheit ihre sozialpolitische Rückständigkeit und stellten sich stets schüchtern vor den Besitz. Die Rechtssozialisten endlich haben ihren sozialistischen Einfluß völlig zugunsten des Bürgerturns preisgegeben. Die Namen Heine und Südekum sagen genug.

Keine Stimme den Koalitionsparteien!

Die einzige Partei, die aufracht und allen Ansehungen zum Trotz von rechts und links die Interessen des klassenbewußten Proletariats im Landtag vertreten hat, ist die Unabhängige Sozialdemokratie. In der schwierigsten Lage, eingeteilt zwischen rechtssozialistischer Verschlingung und kommunistischer Parolenpolitik, hat sie stets die klaren Linien des proletarischen Kampfes eingehalten. Sie hat an der gesetzgeberischen Arbeit in Preußen überall dort mitgewirkt, wo es sich um den allgemeinen Fortschritt und das besondere Wohl der Arbeiterklasse handelte. Nie hat sie aber in dieser Gegenwartsarbeit es unterlassen, die Ziele des Sozialismus hochzuhalten und alle Tätigkeit nur im Hinblick auf den Sozialismus ausgeübt.

Die Forderungen der Unabhängigen Sozialdemokratie sind bekannt. Für sie einzutreten, für sie zu kämpfen ist Arbeit am Sozialismus. Die Unabhängige Sozialdemokratie hat die schwere, verantwortungsvolle Aufgabe unternommen, den Sozialismus in Deutschland aus seiner reformistischen Verwässerung und seiner utopischen Ekelerei wieder in den großen Strom der sozialistischen Arbeiterbewegung der ganzen Welt zu leiten.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Beamte und Angestellte! Wähler und Wählerinnen!

Die Wahl am 20. Februar ist von ungeheurer Bedeutung. Sie entscheidet nicht nur über die Zukunft Preußens und Deutschlands für die nächste Zeit, sondern sie gibt auch ein Bild von der Kraft und Stärke des Sozialismus. Daß die fernere Zukunft Preußens und Deutschlands den Weg zum Sozialismus bereitet, dazu kann jeder helfen, indem er am 20. Februar seine Stimme nur gibt den Kandidaten der

Unabhängigen Sozialdemokratie!

Gesetzesvorlagen gegen die Arbeitslosigkeit und gegen das Dumping an. Bezüglich der Kohlenfrage wird erklärt, daß demnächst alle Beschränkungen für den Verkauf von Kohlen im Inland durch die Ausfuhr der Kohlen aufgehoben werden sollen.

Der Wiederaufbau Oesterreichs

Auf dem gestern eröffneten Betriebsrätekongress der Metallarbeiter Oesterreichs legte Dr. Otto Bauer dar, daß gegenwärtig der wirtschaftliche Wiederaufbau Oesterreichs sich mit Rücksicht auf die Machtverhältnisse in Europa nur auf kapitalistischer Basis vollziehen könne. Das ausländische Kapital sei noch viel zu stark, als daß man wagen könnte, den Entscheidungskampf mit ihm aufzunehmen. Doch müßte darauf hingewirkt werden, daß die Machtstellung der Arbeiterklasse so stark bleibe, daß im Augenblick, wo im Auslande sich der Umschwung vollziehe, er auch in Oesterreich möglich wäre. Wichtig sei die Selbsterziehung der Arbeiterschaft; habe sich doch in Rußland die Zerstörung des Kapitals nur als ein Werk der ungeheuersten Zerstörung der Volkswirtschaft erzielen lassen.

In einer Entschließung fordert der Kongress die Aufhebung der sozialistischen Wirtschaft bei gleichzeitiger Anknüpfung an Deutschland, und erwartet, daß die Siegermächte endlich ihre Versprechen an der Wiederrichtung der Volkswirtschaft Oesterreichs mitzuwirken, erfüllen. Da aber bis dahin eine weitere Fortführung der kapitalistisch-anarchischen Wirtschaft den Zusammenbruch dieser Wirtschaft selbst und damit die Vernichtung der geistigen und manuellen Arbeiterschaft in Oesterreich bedeuten würde, erklärt der Kongress den Versuch des planmäßigen Wiederaufbaues der Volkswirtschaft für unerlässlich und beschließt diesen Wiederaufbau mit allen zu Gebote stehenden Machtmitteln anzustreben.

Die Wahlparole der dummen Kerle

August Bebel hat einmal, als die antisemitische Bewegung Anfang der neunziger Jahre, geführt von Ahlwardt und Stöcker, hochging, den Antisemitismus als den „Sozialismus des dummen Kerls“ bezeichnet. Er meinte damit jenen unklaren Drang, der einen Teil der proletarisierten Massen gegen das jüdische Kapital rebellisch machte, der aber noch nicht sah, daß die Ursache des Elends der Massen nicht in dem jüdischen Kapital, sondern in dem Kapital schlechthin zu suchen war.

Könnte noch vor drei, vier Jahrzehnten, als der Kapitalismus seine stürmische Aufwärtsentwicklung nahm und die sozialistische Bewegung in Deutschland in den Kinderjahren steckte, noch ein gewisser sozialer Kern in der antisemitischen Bewegung festgestellt werden — allerdings verzerrt und verunstaltet durch die Hege der antisemitischen Demagogen, die schon damals die Unzufriedenheit der Massen gegen die jüdischen Kapitalisten für eine nationalistische Hege ausnutzten —, so ist jetzt in dieser Bewegung der Sozialismus längst verfliegen, nur die dummen Kerle sind geblieben. Die antisemitische Bewegung stellt jetzt nichts anderes dar, als einen wohlberechneten Schiebertrieb der reaktionären Parteien, die mit Hilfe der Aufpeitschung der nationalistischen Leidenschaften ihre verlorene Vormachtstellung wiedergewinnen wollen. Diese Erscheinung beschränkt sich keineswegs auf Deutschland. Überall, in der ganzen Welt, ist der Antisemitismus eng verknüpft mit der sozialen und politischen Reaktion. Überall, in Frankreich, in Oesterreich, in Ungarn, in Rußland usw. sind die Antisemiten die stärksten Stützen der Reaktion, die schlimmsten Feinde des sozialen Fortschritts, die erbittertesten Gegner des Sozialismus und der Arbeiterklasse. Überall repräsentieren die Antisemiten die schlimmsten Abfalls- und Zerlegungsercheinungen der kapitalistischen Welt; überall verbünden sie sich mit den strupellosesten lumpenproletarischen Elementen, die ihrer hochgestellten Auftraggebern Anstandslos leisten; überall versuchen sie den politischen Kampf durch ihre ekelhaften Methoden, die an die niedrigsten Instinkte der Menschen appellieren, zu vergiften. Wo sie aber, wie früher im zaristischen Rußland und jetzt in Horthy-Ungarn, an die Macht gelangen, dort entfesseln sie eine Pogromherrschaft sondergleichen und ersüßen jede Regung der unteren Klassen in dem Blute der hingemordeten Sozialisten und Juden.

In Deutschland gehen in den letzten zwei Jahren die Bogen der antisemitischen Bewegung besonders hoch, und hier kann man am deutlichsten den Zusammenhang feststellen, der zwischen dem Machtkampf der junkerlich-kapitalistischen Eliten und der Hegepropaganda der Antisemiten besteht. Mit jener Strupellosigkeit und Geschicklichkeit, die die Reaktion seit jeher auszeichnen, haben sich die rechtsstehenden Parteien unmittelbar nach der Revolution, als die Fundamente ihrer Macht erschüttert waren, auf die antisemitische Propaganda gestürzt. Sie witterten mit feinem Instinkt, daß dies der Boden war, auf dem zahlreich deklassierte Elemente, die durch den Krieg in ihrer Existenz erschüttert waren, eingefangen und gegen die Revolution mobilgemacht werden konnten. So setzte denn, unterstützt von der gesamten deutschnationalen Presse, und gefördert von führenden Organen der Zentrums- und Sozialdemokratie, eine wütende Hege gegen die Juden ein, die an allem schuld waren, an der Niederlage ebenso wie an der Revolution, an der Arbeiterbewegung ebenso wie an der kapitalistischen Ausbeutung.

Neben dieser öffentlichen Hegearbeit ging eine intensive unterirdische Propaganda, die von einer Anzahl „deutschvölkischer“ Pogromorganisationen (Deutscher Schutz- und Trugbund usw.) geführt wurde. Unzählige Flugblätter und Flugchriften überschwemmten das ganze Reich, Millionen über Millionen wurden verausgabt, um die infamsten Lügen und Verleumdungen in die Bevölkerung hineinzutragen, die nationalistischen Leidenschaften aufzupeitschen und das gesunde Nachsinnen des politischen und sozialen Erkenntnisses in der Schlammschlur persönlicher Verunglimpfungen und Gemeinheiten zu ersüßen. Wie immer erwies sich auch hier die Entfesselung des Massenhasse als das beste Mittel der Verbummung und Verblödung jener Schichten, die, vor die Lösung schwieriger wirtschaftlicher und politischer Fragen gestellt, in ihrer traurigen Unwissenheit nach dem leichtesten fahrbaren nationalistischen, antisemitischen Schlagwort greifen.

Auch in dem preussischen Wahlkampf spielt, ebenso wie bei den verflochtenen Reichstagswahlen, die antisemitische Propaganda eine außerordentlich wichtige Rolle. Die Deutschnationalen und die ihnen verbündete Deutsche Volkspartei würden überhaupt nicht den Wahlkampf führen können, wenn der Jude nicht wäre, der schuld an allem Unheil ist. Das schließt natürlich nicht aus, daß die Reaktionsparteien, um ihren Wahlkampf bestreiten zu können, auch bei jüdischen Kapitalisten Schnorren geben. Denn sie sahen sich mit Recht, daß sie durch ihren Kampf gegen die Juden den Verteidigungskampf für die gesamte aottgewollte kapitalistische Ordnung, also auch für den jüdischen Kapitalisten, führen. Und es muß festgestellt werden, daß nicht wenige jüdische Elemente aus den bestehenden Klassen charakterlos genug sind, um jene Parteien, die mit den ekelhaftesten

Mitteln gegen ihr eigenes Volk hehen, materiell und moralisch zu unterstützen. Denn höher als das nationale Interesse, höher als jede elementarste Anstandsempfindung, höher als jede Menschlichkeit und Ethik steht bei diesen Elementen das nackte brutale Klasseninteresse des Besitzenden, der sich auch mit den deutschnationalen Pogromisten verbündet, um den sozialen Aufstieg der niederen Klassen, den sozialistischen Befreiungskampf des Proletariats zu verhindern.

Dies ist der springende Punkt des ganzen Problems. Dies ist der Hintergrund der ganzen antisemitischen Propaganda, die sich jetzt wie eine stinkende Lawine über das Land wälzt. „Den Juden schlägt man, die Revolution meint man!“ Die Juden begehrt man in allen Tonarten, man will aber damit weniger die Juden treffen, die ja kaum ein Prozent der Bevölkerung bilden, als die sozialistische Arbeiterklasse und den sozialen Fortschritt überhaupt. Der deutschnationalen Junker und der volksparteiliche Fabrikant entrüsten sich gar gewaltig über den „jüdischen“ Bucher, sie selber aber handhaben diese angeblich jüdische Geschäftsmethode bei der Ausbeutung der Produzenten mit nicht geringerer Meisterschaft als ihre Kollegen von der semitischen Fakultät. Der abgetakelte monarchistische Offizier und der Regierungsbeamte a. D. entrüsten sich gar sehr über die „jüdische Claquewirtschaft“ unter den republikanischen Regierungen. Sie haben aber nichts gegen diese Regierungen einzusetzen, wenn sie wieder in Gnaden aufgenommen und an die Staatskrippe zugelassen werden. Und so ist es überall, wo das antisemitische Schlagwort in den Vordergrund geschoben wird. Kein sachlicher prinzipieller Gegensatz, kein ehrlicher offener Kampf, sondern entweder der eilige giftige Konkurrenzkampf innerhalb der Besitzenden, herrschenden Kreise oder aber bewußte Irreführung der breiten unaufgeklärten Schichten, bewußter Kampf gegen die revolutionäre Arbeiterklasse mit Hilfe der Aufpeitschung der nationalistischen Leidenschaften.

Besonders bemerkenswert ist, daß die von millionenschweren Reaktionären ausgehaltenen Drahtzieher der antisemitischen Propaganda neuerdings ihr Hauptaugenmerk auf die Agitation unter der Arbeiterklasse gerichtet haben. Es werden in Millionen von Exemplaren Flugchriften in den Eisenbahnen, Betrieben usw. verbreitet, in denen ein wüster Kampf gegen Sozialismus, Bolschewismus, Judentum herrscht usw. geführt wird. Was für Burschen hierbei in leitender Stellung fungieren, geht beispielsweise daraus hervor, daß ein gewisser Georg Quindel in Hannover, der einen umfassenden Bestand antisemitischer Flugblätter organisiert hat und hierbei aus irgend welchen dunklen Quellen finanziert wird, ein mehrfach wegen Betruges mit Gefängnis und Ehrverlust bestrafte Subjekt ist. So sehen jene Leute aus, die neben dem ehrenwerten Knäppelknecht dessen pogromistisches Treiben ja hinlänglich bekannt ist, sich an die deutschen Arbeiter zu wenden wagen, um sie für ihre dunklen Zwecke einzufangen.

Nichts kennzeichnet so sehr den tiefen politischen Verfall und die geistige Zersetzung in Deutschland, als die weit ausgebreitete antisemitische Propaganda. Zu einer Zeit, wo alle physischen, moralischen und geistigen Kräfte angespannt werden müßten, um aus dem wirtschaftlichen Elend herauszukommen und jene „geistige und moralische Wiedergeburt“ zu zeitigen, die mitunter in den Sonntagsartikeln der bürgerlichen Presse als höchstes Ziel des deutschen Volkes aufgestellt wird, wird mit Hilfe der antisemitischen Propaganda das gesamte gesellschaftliche Leben Deutschlands auf das niedrigste Niveau herabgedrückt, auf dem es sich je befunden hat. Damit befähigen die besthenden und herrschenden Klassen Deutschlands selbst ihren geistigen und moralischen Bankrott. Sie sehen keinen Weg aufwärts, sondern sie streben zurück in den Sumpf des Rassenkampfes und der nationalen Hege. Sie wollen keinen Fortschritt, keinen wirtschaftlichen Aufbau, keine geistige Wiedergeburt, sondern sie streben nur die Wiederherstellung ihre politischen Allmacht und wirtschaftlichen Vormachtstellung an. Das antisemitische Schlagwort ist für sie nur das Mittel, mit dem sie ihre moralische und geistige Armut verhüllen und die unaufgeklärten Elemente in der Bevölkerung zu gewinnen suchen.

Für den aufgeklärten sozialistischen Arbeiter gibt es kein Problem des Antisemitismus. Er weiß, daß der Kapitalismus international ist, und daß die Arbeiterklasse ohne Unterschied der Konfession, Nation und Rasse anzukämpfen hat gegen die ausbeutenden Klassen, ob sie katholisch, evangelisch, jüdisch, christlich, jüdisch oder mohammedanisch sind. Die sozialistische Arbeiterklasse darf aber in der gegenwärtigen Situation auch nicht übersehen, daß die antisemitische Propaganda zu einer gefährlichen Waffe der allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Reaktion geworden ist. Darum gilt es jetzt, nicht nur den internationalen Gedanken des Sozialismus dem Nationalismus entgegenzusetzen, sondern auch den besonderen Charakter des antisemitischen verhassten deutschen Nationalismus zu erkennen und überall, in allen Bevölkerungsschichten der antisemitischen Hege entgegenzutreten.

Wer nicht will, daß Horthy-Ungarn in Deutschland triumphiert, der solle dafür, daß am 20. Februar die nationalistischen Parteien, diese begeisterten Anhänger der ungarischen Pogromisten, eine vernichtende Niederlage erleiden!

Bayern und die Reichsregierung

Amlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett hat sich in seiner heutigen Sitzung mit der Antwort der bayerischen Regierung in der Entwaffnungsfrage beschäftigt. Danach erkennt Bayern an, daß die Verantwortung und Zuständigkeit in dieser Frage beim Reich liegt und daß es Sache der Reichsregierung ist, nach Maßgabe der Gesetze das Erforderliche zu veranlassen.

Die christlichen Gewerkschaften gegen Rahr

Drahtmeldung unseres Korrespondenten
München, 15. Februar.

Auf der gestrigen Konferenz der christlichen Gewerkschaften Münchens sprach sich der Landtagsabgeordnete Junke gegen das Pariser Diktat und auch gegen die nationalistischen Demonstrationen der Salzkreuzler aus. In einer Entschärfung lehnen es die christlichen Gewerkschaften ab, sich zum Frontdienst der Entente zu verpflichten. Die Frage der Entwaffnung wird in den Berichten der Münchener Presse über diese Konferenz mit keinem Wort erwähnt. Es steht aber fest, daß die christlichen Gewerkschaften mit dem Verhalten der bayerischen Regierung in der Entwaffnungsfrage nicht einverstanden sind. Das Verschweigen der Ausprüche über die Entwaffnungsfrage und die Tatsache, daß in der gestrigen Entschärfung dieser wurde Punkt nicht erwähnt ist, läßt den sicheren Schluss zu, daß es auf der Konferenz hierüber zu lebhaften Auseinandersetzungen und zu scharfen Mißbilligungen der Katastrophopolitik der bayerischen Regierung kam. Dieser Schluss

ist um so eher zulässig, als der christliche Gewerkschaftssekretär Poschach, der der christlich-sozialen Partei angehört, und sehr scharf gegen Rahr Stellung genommen hat, auf der Konferenz anwesend war.

Das Stiefkind

27 Millionen für Berliner Siedlungszwecke

Wie wir erfahren, hat das Preussische Wohlfahrtsministerium die Absicht, für Groß-Berlin einen Siedlungsfonds von ganzen 27 Millionen zur Verfügung zu stellen. Dazu käme das Gemeindedrittel in Höhe von 9 Millionen, so daß für Groß-Berlin für Siedlungszwecke 36 Millionen Markt zur Verfügung stehen würden, was das Zehnfache gebrauchbar wird, um eine wirkliche Siedlungspolitik durchzuführen, die imstande wäre, dem trassen Wohnungselend auch nur einigermaßen abzuwehren.

Darum also redet man monatelang, in allen Parlamenten und Kommissionen, in vielen Stunden, mit geschwändigem Lauf über epochenmachende Siedlungsunternehmungen, um dann nachher diesen Tropfen auf den heißen Stein des Berliner Wohnungselends fallen zu lassen. Und wenn hinterher die sozialistische Gemeinde Groß-Berlins nichts für das Siedlungswesen zu leisten vermag, dann hat die Hege gegen die sozialistische Mehrheit in Berlin neues Material.

Ist das die Absicht dieser Knickigkeit des Wohlfahrtsministeriums? Wir dürfen wohl den beschriebenen Wunsch äußern, daß sich Herr Stegerwald möglichst bald zu der ganzen Angelegenheit äußert.

Wählen und wählen!

Als die Frauen das Stimmrecht noch nicht besaßen, riefen sie vor jeder Wahl auf, da sie nicht wählen dürfen, wenigstens zu wählen, d. h. die indifferente Masse, diesen schwer zu bearbeitenden steinigen Boden für die Saat sozialistischer Ideen urbar zu machen, indem sie ihr Interesse für die Wahl zu wecken suchten. Grobes haben proletarische Frauen damals in der Agitation von Mund zu Mund geleistet, angefeuert durch den Ingrimm über die eigene politische Entrechtung.

Jetzt können die Frauen wählen, aber das Wählen vergessen sie vielfach. Und doch ist es so nötig, daß sie sich ihrer alten Künste wieder entsinnen. Hat doch die U. S. P. D., ebenso wie die anderen linksstehenden Parteien, bisher nur Radenschläge vom Frauenstimmrecht erfahren. Noch jede Wahl, zuletzt erst die Landtagswahl in Sachsen, zeigte mit erschreckender Klarheit, daß die große Masse der Frauen heute nicht an die realen Parteien nachläßt. Es gibt viele Frauen, die in solcher Vereinzeltung leben, daß politische Ausföhrung durch sozialistische Flugblätter und Zeitungen nicht an sie herantommen kann, viele, die wie die Hausangestellten, ihre Zugehörigkeit zum Proletariat verleugnen und sich von ihren bürgerlichen Arbeitgebern bereitwillig ins Schlepptau nehmen lassen. Es ist eine bei den bürgerlichen Hausfrauen allgemein verbreitete Ansicht, es sei ihr gutes Recht, nach dem Motto „was Brot ich esse, des Lied ich singe“ von ihrem Dienstmädchen auch zu verlangen, daß es am Wahltag den Zettel in die Urne werfen, den die Herrschaft, die „das alles ja viel besser versteht“, ihr als den allein richtigen in die raue Arbeitshand drückt.

Solcher abhängigen und schwer zugänglichen Wählerinnen gibt es eine große Zahl. Man muß sie auffuchen und lehren, den Stimmzettel als Waffe im wohlverstandenen eigenen Interesse zu gebrauchen. Es bedarf gewiß nur dieses Appells an den Opfermut unserer überzeugten Genossinnen, um sie zu veranlassen, bei den bevorstehenden Wahlen zum preussischen Landtag im Wählen wie früher das Aeußerste zu leisten. Eines ist klar: die politische Gleichberechtigung der Frau besteht bisher nur in der Gewährung des Wahlrechts. Sonst steht sie auf dem Papier. Die Auswirkung der Gleichberechtigung in der Praxis des öffentlichen und privaten Lebens zu erringen, bedarf es noch eines mit aller Energie und weiblicher Fähigkeit geföhrten Kampfes, geleitet und unterstützt durch die unergründliche und konsequente Vorkämpferin aller Unterdrückten, die U. S. P. D.

Proletarierinnen! Der U. S. P. D. habt Ihr am 20. Februar Eure Stimme zu geben. Wahlrecht ist Wahlpflicht! In tatkraftiger Mitarbeit am Wahlkampf habt Ihr der U. S. P. D. aber auch neue Scharen von Wählerinnen zuzuföhren, indem Ihr für Eure Partei werbt und agitiert überall, wo Ihr mit Klassen-genossinnen zusammenkommt, auf der Arbeitsstätte wie im Krämerladen oder bei gesellschaftlichen Veranstaltungen. Wählen und wählen für die U. S. P. D. sei Eure Parole für den 20. Februar.

Die amerikanischen Milchkuhe

Offiziös wird gemeldet: Die technischen und finanziellen Schwierigkeiten (es müßte eigentlich heißen: Der Widerstand der Agrarier im allgemeinen und des Herren Ernährungsministers im besonderen. Red. d. Fr.), die sich bisher einer glatten Lösung der Schenkungsangelegenheit der amerikanischen Milchkuhe entgegenstellten, konnten nunmehr in der Hauptsache behoben werden. Der Minister für Ernährung und Landwirtschaft war in der Lage, die erforderlichen Mittel für den Seetransport der Kuhe zur Verfügung zu stellen und seine Ermächtigung zur Abienung folgenden Telegramms an das amerikanische Hilfskomitee zu geben: „Schiffsraum wird durch uns gewährt. Der nächste Transport wird voraussichtlich durch die Welt Arrow ausgeführt werden. Weitere Nachrichten folgen. Auslandshilfe.“

Die Rechnung des Weltkrieges

Die furchtbaren Verheerungen, welche der Weltkrieg unter der Menschheit angerichtet hat, werden in ihrer Tragweite noch längst nicht gebührend gewürdigt. Wäre es sonst möglich, daß noch immer die verbrecherischen Anstifter dieser entsetzlichen Katastrophe und ihrer Fenerschleifer ungestrast umherlaufen und auf neue Pläne sinnen dürfen? Es ist notwendig, immer und immer wieder auf die Wirkungen des Massenblutbades hinzuweisen, dessen endgültige Folgen noch auf Jahrzehnte hinaus fortwirken werden und die sich heute noch gar nicht überblicken lassen.

In diesem Sinne dankenswerte Feststellungen enthält das erste Jahresarheft der „Sozialistischen Monatshefte“. Auf Grund der statistischen Angaben Christian Dörings, die seinerzeit ihren Weg durch die Presse der ganzen Welt machten, sind hier eingehende Untersuchungen über die Bevölkerungsbewegung im Weltkrieg angeestellt. Das Ergebnis ist eine geradezu vernichtende Anklage gegen die Urheber des Krieges.

Insgesamt 35 Millionen Menschenleben haben diese 5 Kriegsjahre den europäischen Ländern und, schätzungswise, über 40 Millionen der gesamten Welt gekostet. Von diesen sind 10 bzw. 12 Millionen allein auf den Schlachtfeldern verblutet. Der Menschenverlust durch Sterbefälle überhaupt beträgt in diesen Jahren 15,13 Millionen, während die Verluste durch Geburtenausfall sich auf 20,25 Millionen belaufen.

Von diesen Verlusten am stärksten betroffen ist das kleine Serbien, das 24 Prozent seiner Bevölkerung des Jahres

1913 verloren hat. Ein solcher Verlust ist bisher in der Geschichte der Kriege einzigartig; mit dem Geburtenverlust übersteigt er ein Drittel der Gesamtbevölkerung. Von den Großstaaten hat Frankreich die härtesten prozentualen Verluste in der Zivilbevölkerung wie auf dem Schlachtfeld erlitten, die mit den Verlusten durch Geburtenausfall für Frankreich um so schlimmer sind, als schon seit vielen Jahren vor dem Kriege, in diesem Lande der Geburtenüberschuß nur sehr gering war.

Sehr hoch ist der Menschenverlust Deutschlands, mit einem Gesamtverlust von 6,300 Millionen. Davon entfallen auf Geburtenausfall 3,600 Millionen, auf Sterbefälle 2,700 Millionen, von denen 2 Millionen auf dem Schlachtfeld blieben. Oesterreich-Ungarn hat einen Gesamtverlust von 5,800 Millionen, davon 3,800 Millionen durch Geburtenausfall und 2 Millionen durch Sterbefälle; von diesen fielen 1,500 Millionen auf dem „Feld der Ehre“.

Von besonderem Einfluß und in seinen Wirkungen noch nicht abschätzbar, aber zweifellos verhängnisvoll, ist die durch die Kriegsverluste hervorgerufene Verschiebung in den Alters- und Geschlechterverhältnissen. Gerade die leistungsfähigsten männlichen Jahrgänge hat der Krieg dahingerafft. Der Frauenüberschuß in den vom Kriege unmittelbar betroffenen europäischen Ländern hat sich beinahe verdreifacht. Er liegt von etwa 5,2 Millionen auf rund 15 Millionen.

Das sind die nackten, einfachen Tatsachen, von denen die nächsten Zahlen der Döringschen Tabellen erzählen. Und noch immer ist die Schuld an dem Verbrechen des Weltkrieges nicht geföhrt. Noch immer laufen seine Urheber frei umher und sind bemüht, aufs neue die Macht an sich zu nehmen, das Volk wieder unter ihre Kräfte zu zwingen, um es neuen Schlächtereien auszuliefern.

Noch immer erträgt das Volk die Nationalisten und Kriegsheher. Die Männer, die jenes furchtbare Verbrechen heraufbeschworen haben, die Loblieder auf die Massenmächtereien an den Fronten sangen, die die Schlächtereien im November 1918 noch fortleben wollten, also zu einer Zeit, wo jedes Weiterkämpfen, auch vom rein militärischen Gesichtspunkt aus, ein Verbrechen war, diese Männer spielen sich heute wieder als die „berufenen Führer“ des Volkes auf, streben danach, dem Staate den Stempel ihrer Politik aufzudrücken.

Das arbeitende Volk hat es in der Hand, die Kriegsverbrecher wenigstens zahlenmäßig zu jener Einflußlosigkeit zu verdämmen, die sie verdienen. Denkt an die Leiden des Krieges zurück! Besinnt Euch! Sorgt am 20. Februar dafür, daß nur jene Partei die Stimmen der Arbeiter erhält, die den Krieg konsequent bekämpft! Wählt U. S. P. D.!

Rohbach rüstet weiter

Leutnant Rohbach, der im Herbst 1919 in Kulmssee und Thorn die Truppen zur Reiterei veranlaßte, mit einer Bande von 3000 Mann über die ostpreussische Grenze ins Baltikum sich, und die Regierung beschimpfte und verhöhnte, treibt sich noch immer munter und ungeführt in den Gauen der deutschen Republik herum. Nachdem er während des Rapp-Bulches mit seiner Garde Berlin unsicher gemacht hatte, schickte ihn Herr Seeck ins Ruhrgebiet. Dort veranlaßte das Sturmabteilung Rohbach — die „zuverlässige“ Regierungstruppe — neben dem Freikorps Epp die blutigsten Schlächtereien unter der Arbeiter-schaft.

Als dann die Freikorps aufgelöst werden sollten, bekam die Rohbach-Truppe einen anderen Namen und wurde der Reichswehr einverleibt. Herr Rohbach aber machte sich mit den anderen Baltikumhüpfingen daran, von neuem geheime militärische Formationen aufzustellen. Reichlich mit Geldern der Junker und der Schwerindustrie versehen, organisierte er zuerst die militärische Konterrevolution in Pommern. Als diese Arbeit erledigt war, begab er sich nach Berlin, um von hieraus nunmehr Schlessien unsicher zu machen. Rohbach sah bis vor einigen Wochen in einem Berliner Werbebureau, von wo aus er ehemalige Soldaten auf die schlessischen Güter dirigierte. Als wir auf den Verbrecher aufmerksam machten, verlegte er sein Werbebureau nach dem idyllischen Wannsee; von dort aus leitet er heute noch ungestört seine Werbungen fort.

Die Breslauer „Volkswacht“ berichtet, daß Rohbach die angeworbenen Soldaten verpflichtet, auf den schlessischen Gütern einzuweilen als „Landarbeiter“ aufzutreten. Sie müssen einen politischen Verpflichtungsschein unterschreiben, der dahingehend lautet, gegebenenfalls auf Arbeiter und Sozialisten zu schießen. Wer unterschrieben hat, bekommt sofort einen größeren Geldbeitrag ausgehändigt, der aus den Mitteln der schlessischen Großgrundbesitzer stammt. Zur Ausrüstung der geheimen militärischen Verbände laufen die schlessischen Großgrundbesitzer in ganz Deutschland Waffen in unbegrenzter Anzahl auf. Auch aus Pommern, wo sich auf den Gütern so eine ausgebreitete Waffenlager befinden, daß der Bedarf der pommerschen Junker überreichlich gedeckt ist, werden Waffen nach Schlessien verschoben. Neben dem Leutnant Rohbach, der sich in der Hauptsache mit den Werbungen befaßt, stehen in Schlessien an der Spitze der geheimen militärischen Organisation führende Männer vom Adel und eine ganze Reihe von ehemaligen aktiven Offizieren.

Der Staatsanwalt beim außerordentlichen Gericht ist auch über diese Vorgänge unterrichtet. Er kennt das Treiben des Leutnants Rohbach ganz genau, wird aber gegen ihn ebensowenig etwas unternehmen, wie gegen den Hauptmann Pfeffer, dessen Prozeß immer noch nicht angelegt ist. Und wenn Leutnant Rohbach schon unter Anklage gestellt werden würde, so würde doch nur eine Komödie aufgeführt werden. Die Verhandlung würde totföhrt mit einem Freispruch enden, genau so, wie vor einigen Tagen in Schlessien der Leutnant Müller freigesprochen worden ist, weil er sich, wie das Gericht schlußfolgerte, über sein Tun — „selbst nicht im Klaren war“. Ein Arbeiter, der die gleiche Handlung begangen haben würde, wie Leutnant Rohbach oder Hauptmann Pfeffer, läge natürlich schon längst hinter Schloß und Riegel. Und zwar nicht etwa im Gefängnis, sondern im Zuchthaus.

Das ist die preussische Justiz, so steht sie aus!

Es gehört ihm. Die sächsische Regierung bei Borna und Gemälde aus früher königlichen Sammlungen veräußert und mit dem Erlös Neuerwerbungen vorgenommen. Wie nun die „Dresdener Neuesten Nachrichten“ melden, hat der Erlös von Sachsen durch seinen Rechtsvertreter Prozeß erhoben und geltend gemacht, daß die verstorbenen Gegenstände nicht dem Staate gehörten, sondern sein Eigentum darstellten. — Gegen Eingriffe in ihr Eigentum sind die Herrschaften allemal empfindlich. Am liebsten möchten sie den gesamten Staatsbesitz als privates Eigentum ausgeben.

Die elbisch-lathringischen Pensionszahlungen. Im Auswärtigen Amt hat gestern der Austausch der Ratifikationsurkunden zu dem zwischen Deutschland und Frankreich abgeschlossenen Abkommen über die Zahlung der elbisch-lathringischen Pensionen vom 3. März 1920 stattgefunden. Die Veröffentlichung des hierauf bezüglichen Gesetzes und des Wortlauts des Abkommens im Reichsgesetzblatt wird binnen kurzer Frist erfolgen.

Haenisch und die Volksschule

Konrad Haenisch hat auf seine fünf Leitartikel über seine Ministerarbeit einen sechsten gehäuft. Den Anlaß dazu gab ihm unser Artikel „Der arme Konrad“ vom vorigen Sonnabend.

Er findet es ungerecht, daß wir ihm vorwerfen, er vernachlässige die Interessen der Volksschule und wende sein Interesse vorwiegend dem Hochschulwesen zu. Wenn damit gesagt sein soll, meint Haenisch, daß sich ein sozialistischer Unterrichtsminister um die Interessen des Hochschulwesens überhaupt nicht zu kümmern habe, so müßte er eine solche Auffassung entschieden zurückweisen. Und dann beweist er umständlich, wie notwendig die Pflege des Hochschulwesens ist.

Das hätte er nicht nötig gehabt. Es ist uns nicht in den Sinn gekommen, ihm aus seinem Interesse am Hochschulwesen an sich einen Vorwurf zu machen. Aber Konrad Haenischs fast ausbrüchliche Vorliebe für das „geistige Deutschland“, die in seinen Artikeln zum Ausdruck kam, ist symbolisch für seine ganze Politik. Darum sind wir näher auf diese unangenehme Erscheinung eingegangen. Sie ist gerichtet auf eine Gewinnung des Wohlwollens der Kreise von Bildung und Besitz, die wiederum nur möglich ist auf Grund einer Kompromißpolitik, die nirgends so gefährlich ist wie im Schulwesen.

Haenisch mag für die Hochschulen tun was er will. Er wird damit die Gnade der Reaktion nicht erkaufen, sondern wird die Ansprüche der reaktionären Schichten nur steigern. Und diese Ansprüche laufen darauf hinaus, daß die Volksschule nach wie vor ein Instrument der Herrschaft der Besitzenden über die Massen des Volkes bleibt. Will Haenisch das Wohlwollen der Besitzenden erwerben, so muß er die Volksschule weiter in ihrem betäubenden Zustande belassen. Niemals gestatten es die politischen Vertretungen der wirtschaftlich herrschenden Schichten einem sozialistischen Kultusminister, eine Tätigkeit auszuüben, die den Hebel ansetzt zur Umwälzung des Volksschulwesens im sozialistischen Sinne. Kurz: es kam uns nicht so sehr darauf an, den Wert der einzelnen Handlungen Haenischs abzuwägen, sondern es galt, das Wesen seiner Politik zu charakterisieren. Und diese Politik ist die Politik des Zurückweichens vor dem Stirnrunzeln der Reaktion, beider die Volksschule notwendig zum Opfer gebracht werden muß, ob Haenisch will oder nicht. Es mag sein, daß der Kultusminister durch die gegebene politische Konstellation zu einer solchen Politik gezwungen war. Aber dann soll er nicht prahlen. Und dann trifft unser Vorwurf nicht ihn allein, sondern den ganzen Reaktionsbetrieb.

Um nun aber dokumentarisch zu beweisen, daß er die Volksschulinteressen keineswegs vernachlässigt hat, führt Haenisch eine Reihe von Zitaten aus verschiedenen Organen der Lehrerschaft an, die sämtlich darin übereinstimmen, daß Haenisch Großes geleistet hat. Zunächst heißt es da, daß die preussische Lehrerschaft dem Kultusminister weit mehr zu danken hat, als all seinen Vorgängern zusammen genommen. Und wenn man die übrigen Zitate sorgfältig prüft, so findet man, daß alle diese Organe, die vorwiegend die beruflichen Interessen der Lehrerschaft vertreten, dem Kultusminister — immer im Namen der Lehrerschaft — ihren Dank abstatten für die große Sorge, die er den Forderungen der Lehrerschaft entgegengebracht hat.

Diese Beweisführung ist beinahe eine bewußte Irreführung der Öffentlichkeit. Denn Haenisch muß wissen, daß die Lehrerschaft nicht identisch ist mit der Schule. Er muß weiter wissen, daß in den Kreisen der Lehrerschaft, die durch die von ihm angeführten Organe vertreten werden, und in ihrer Gesinnung das stärkste Hemmnis für eine durchgreifende sozialistische Reform der Schule erblickt werden muß. Wenn das Urteil der Lehrer also etwas besagt, so nur, daß diese in ihrer Mehrzahl grundreaktionäre Lehrerschaft mit Konrad Haenisch zufrieden ist. Ist das nicht ein wenig kompromittierend für einen sozialistischen Kultusminister? Und läßt Haenisch nicht alle unsere Behauptungen mehr als er sie widerlegt, indem er sich auf das Urteil dieser Kreise beruft?

Wir glauben dem nichts mehr hinzufügen zu müssen. Aber wenn der preussische Kultusminister die Zeit gewinnen sollte für einen siebenten Artikel, dann würden wir ihn bitten, der Öffentlichkeit einmal ganz knapp und klar und sachlich folgende Fragen zu beantworten: Was ist auf dem Gebiete des Volksschulwesens geschehen: 1. in der Frage der Lehrerbildung, außer der Zulassung der Volksschullehrer zum Universitätsstudium; 2. zur Herabsetzung der scandalös hohen Klassenfrequenz; 3. zur Verbesserung der noch immer mit reaktionärem und hurrapatriotischem Inhalt vollgestopften Lehrbücher und 4. zur Verbilligung der Lernmittel für die Volksschüler, die kaum noch zu bezahlen sind. Nur diese wenigen Punkte wollen wir aus dem großen Gebiet der außerordentlich dringenden, aber, gemessen am Ziel einer sozialistischen Schulpolitik, immerhin sehr bescheidenen Reformen an der Volksschule herausgreifen.

Die Orgeß-Demokraten

Der Landesausschuß der bayerischen demokratischen Partei hat eine Resolution angenommen, in welcher er die Unentschiedenheit eines staatsbürgerlichen Selbstschusses betont und sich mit der Haltung der bayerischen Landtagsfraktion einverstanden erklärt. Damit solidarisiert sich die demokratische Partei Bayerns klar und eindeutig mit der reaktionären Kahr-Politik. Es berührt darum merkwürdig, daß die „Berliner Volkszeitung“ von derselben Tagung berichtet, die bayerischen Demokraten seien gegen Kahr. Tatsache ist, daß nur ein Teil der nordbayerischen Delegierten an Kahr Kritik geübt und auch die Haltung der bayerischen Landtagsfraktion verurteilt hat.

Solche Berichterstattung läuft auf Irreführung der Öffentlichkeit hinaus, auf die freilich die „Berliner Volkszeitung“ nicht verzichten kann, wenn sie ihre Wähler bei der Stange halten will. Auch dafür muß am 20. Februar die entsprechende Mitteilung erteilt werden.

Eine würdige Kaiserfeier

Eine würdige Kaiserfeier fand am 27. Januar in Glogau statt. In einer Weinstube hielt in vorgerückter Stunde ein Alldeutscher eine Gedenkrede, die er mit den Worten schloß: „Wir gedenken am heutigen Tage unseres herrlichen Hohenzollernkaisers, hoffend, daß er wiederkomme und hoffend auf Kaiser und Reich.“ Darauf erhoben sich sämtliche Anwesenden mit Ausnahme des demokratischen Rechtsanwalts Goethe. Das brachte die Alldeutschen in rasende Aufregung. Sie umstellten seinen Tisch

und unter dem Geschrei Kaus, du Lump! Kaus, du Hund! Kaus, du Schwein! bearbeiteten sie Goethe mit Faust und Schleuder, bis ihn auf den Korridor hinaus. Ein in Uniform erscheinender Major entwidelte hierbei einen besonderen Eifer.

Bedenkt man, daß eben erst die bayerischen Parteifreunde des Herrn Goethe eine offene Solidaritätserklärung mit Kahr abgegeben haben, so erwidert sein Schicksal nicht einer gewissen Tragik. Aber es scheint uns nur die Vorwegnahme eines, Dankes zu sein, den morgen auch die bayerischen Monarchisten den heutigen demokratischen Bundesgenossen nicht vorenthalten werden.

Öffentliche Wählerversammlungen

Mittwoch, den 16. Februar, abends 7 Uhr

Siebenter Distrikt (4. Abteilung): Aula, Koppenstraße 84.
Berl: Im großen Saale von Raddah, Referent: Genosse Ulrich.
Bohnsdorf: Schulaula, Bahnhofstraße.
Cöpenick: Stadttheater, Referent: Genosse Jubelt.
Friedrichshagen: Schröders Festhalle, Friedrichstraße.
Pankow: Aula des Realgymnasiums, Raubachstraße.
Zossen: Gewerkschaftshaus, Referent: Genosse Landtagsabgeordneter Richter-Mariendorf.

Donnerstag, den 17. Februar, abends 7 Uhr

Berlin: Pharusstraße, Müllerstraße 142.
Schulaula, Hohenlohestraße.
Charlottenburg: Schulaula, Halleserstraße.
Stralau: Alte Taverna, W-Stralau 27.
Tempelhof: Aula Gemeindeschule, Friedrich Wilhelm-See Werder Straße.
Waldhof: Lokal Hiesje, Bismarckstraße 29.
Marieadorf: Aula des Gymnasiums, Kaiserstraße.
Pankow: „Zum Kurfürsten“, Berliner Straße 102.
Weißensee: Gemeinde-Turnhalle, Viktorienstraße 23-25.
Oberschöneweide: Schulaula, Freischützstraße.
Nichterfelde: Lokal Schmabel, Hindenburgdamm 104.

Freitag, den 18. Februar, abends 7 Uhr

Berlin: Moabitler Gesellschaftshaus, Willestraße 24.
Schulaula, Greifenhagenstraße 29.
Kollbrunnerei, Chausseestraße 65.
Schulaula, Schiller-Gymnasium, Pant. Ecke Bödikerstraße.
Schulaula, Christianiastraße 4-6.
Reichensfesthalle, Landsberger Straße 31.
Bleichenbörse, Eldenaerstraße.
Schulaula, Oberrealschule, Poststraße.
Schulaula, Reichenberger Straße 67.
Schulaula, Diefenbachstraße 60-61.
Schulaula, Pallasstraße 15.
Böhm-Brauerei, Preussener Allee 24.
Neukölln: Schulaula, Oberrealschule, Enjer Straße.
Kleins Festhalle, Hasenheide.
Nichtenberg: Café Bellevue, Hauptstraße 2.
Schöneberg: Schwarzer Adler, Hauptstraße 144.
Charlottenburg: Schulaula, Pestalozzistraße 90.
Wilmersdorf: Aula Oberrealschule, Am Seepark.
Oranienburg: Schützenhaus.
Johannisthal: (7/8) Luftverkehr, Friedrichstraße 18.
Reinickendorf: Café Kastanienwäldchen.
Zehlendorf: Stabs-Kasernenwäldchen. Referent: Genosse Steger.
Zeuthen (Zeuthen See-Restaurant). Referent: Genosse Kadite.
Königs-Waldhaus: Neues Schützenhaus. Genosse Bruchardt-Chemnitz.

Arbeiter und Angestellte, Männer und Frauen! Besucht diese Versammlungen. Werbt in den letzten Tagen vor der Wahl unausgesetzt für die U. S. P. D. Zerstreut die Hoffnung der Reaktion, die aus Preußen einen Zustrom herbeizulocken will.

Öffentliche Frauenversammlungen

Donnerstag, den 17. Februar, abends 7 Uhr

Neukölln: Aula Kaiser Friedrich-Realgymnasium, Kaiser Friedrich-Straße 208/210. Frau Stadtparordnete Grunow über die Frauen und die Landtagswahl.

Auf den Reim gekrochen

Der Kampf um die kommunistische Futtertrippe

Aus kommunistischen Kreisen Oberschlesiens wird uns geschrieben:

In der K. P. D. (Kommunistische Partei Oberschlesiens) ist zwischen der revolutionären Gleiwitzer Arbeiterkategorie und den jugendlichen bezahlten Funktionären der Partei ein schwerer Konflikt entstanden, der seine Auswirkung über Oberschlesien hinaus finden dürfte. Entstanden ist der Konflikt dadurch, daß die Funktionäre einen demagogischen, lügenhaften Kampf gegen die Genossen Kaus und Jaja führten und deren Entfernung aus der Partei auszusprechen, ohne daß die Mitgliedschaft gefragt wurde oder darüber beschließen durfte. Als die Mitgliederversammlung sich mit Zweidrittelmehrheit mit den Bescheidnen solidarisch erklärte, wurde die Ortsgruppe kurzerhand aufgelöst. Kaus und Jaja sind führende Genossen der U. S. P. gewesen; nach der Spaltung traten sie zu den Kommunisten über. Sie hatten den Haß der allein wahren Kommunisten dadurch herausgeholt, daß sie die Korruption der Wirtschaft unter den bezahlten Funktionären nicht gutgeheßen haben.

Am Sonnabend fand nun eine Versammlung der Vertrauensleute aus allen Betrieben aus Gleiwitz statt. Die Funktionäre der K. P. D., die auch erschienen waren, mußten vor der Erregung der Arbeiterkategorie den Saal verlassen. Nach einem Referat der Genossen Kaus und Jaja wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in der den beiden Genossen das volle Vertrauen der Gleiwitzer Arbeiterkategorie ausgesprochen wurde. Ferner wurde der einstimmige Beschluß gefaßt, eine genaue Darstellung der Vorgänge und die Resolution an die Zentrale in Berlin zu senden mit dem Ultimatum, die drei Funktionäre Kaus, Kausl und Smolka innerhalb von zwei Wochen von der Partei in Oberschlesien entfernen zu lassen.

Sollte die Zentrale diesem Ultimatum nicht nachkommen, so wird die Ortsgruppe den beim Zusammenschluß gemachten Schritt zurückrevidieren müssen. Damit würde aber die Leistung der K. P. D., die in Gleiwitz ihren Sitz hat und wo jetzt 1 1/2 Millionen für eine Druckerei angelegt wurden, ohne jeden Rückhalt in der Arbeiterkategorie sein. Dies wird in der Zukunft zu schweren Komplikationen führen.

Die Gleiwitzer Genossen, die die Verschönerung der Stoecker, Däumig und Konforten, daß die 21 Bedingungen loyal gehandhabt werden sollten, gepulst haben, werden bald kommen, daß sie auf den Reim gekrochen sind. Es spielt sich hier der Kampf um die Futtertrippe ab. Es ist der Kampf der „ehrlichen“ Kommunisten gegen die alten U. S. P.-Funktionäre, die festgestellt werden sollen, um ihnen

den Einfluß zu nehmen. Die deutsche Arbeiterschaft ist aber nicht so unanständig, um sich gefallen zu lassen. Man darf gespannt sein, wie dieser Konflikt, der symptomatisch ist, ausläuft.

Soweit diese Zuschrift. Wir haben schon wiederholt über die Vorgänge in der kommunistischen Partei im Bezirk Oberschlesien gesprochen. Die Differenzen sind sachlicher und persönlicher Natur. Den ober-schlesischen Arbeitern wurden von Berlin aus für die Abtötung Karolen vorgelegt, die allgemein als lächerlich empfunden werden mußten, und die nur dazu gedient hatten, die Verwirrung in den Reihen der Kommunisten noch weiter zu steigern. Zu diesem Wirrwarr kamen dann noch die Auseinandersetzungen über die Persönlichkeiten der kommunistischen Führer hinzu. Die von Moskau und Berlin abhängigen Agitatoren warfen Kaus vor, daß er 50 000 Mark aus einer dunklen Quelle, angeblich aus deutschen Plebsitzgeldern, angenommen habe. Kaus behauptet, daß er mit der Annahme dieses Geldes vielleicht einen politischen Fehler begangen habe, in persönlicher Beziehung stehe er aber rein da, das Geld sei restlos zu Unterhaltungen verwendet worden. In der Versammlung vom Sonnabend wurden diese Angaben von einer Revisionskommission bestätigt. Alle Belege hätten gestimmt, Kaus habe keinen Pfennig für sich verbraucht. Das ändert allerdings nichts an der Tatsache, daß die Entgegennahme von Geldern aus solcher Quelle unzulässig ist und von jeder Partei, die auf politische Sauberkeit hält, gemißbilligt werden muß. Nun wurde aber der Spieß umgedreht und den kommunistischen Agitatoren gesagt, daß sie in Oberschlesien nur gesauert, Tausende für sich verbraucht und nichts für die Partei geleistet hätten. Nur weil die Opposition nicht länger ansehen wollte, wie das Geld der russischen Sowjetbrüder verprascht würde, habe sie sich den Haß der Berliner Zentrale zugezogen.

Wir haben keinen Anlaß, uns in diesen Streit der feindlichen kommunistischen Brüder einzumengen, und fühlen uns auch nicht befugt, darüber zu urteilen, ob „Kausl“ oder „Kaus“ recht hat. Hoffentlich öffnen diese Vorgänge aber auch außerhalb Oberschlesiens manchen Arbeitern die Augen darüber, daß sie auf den Reim gekrochen sind!

Ein neuer Putschprozeß

In Dessau begann gestern vor dem außerordentlichen Gericht des Reichswacht-Gruppenkommandos I Berlin unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Schmidt-Planke-Berlin, der vierzig Ködener Putschprozeß. Angeklagt sind 25 Personen wegen Teilnahme an einer durch Verurteilung des Reichspräsidenten verbotenen Organisation (Rote Armee). Die Beschuldigten sind zum Teil Bewohner von Köden. Die Verhandlung dürfte voraussichtlich drei bis vier Tage in Anspruch nehmen.

Konflikt zwischen Landesynode und Landtag in Braunschweig. Infolge des Beschlusses des braunschweigischen Landtages, durch den die Landesynode als nicht zu Recht bestehend angesehen wird, trat heute die Landesynode zu einer Sitzung zusammen, in der eine Entschließung gefaßt wurde, die dahin geht, daß sich die Landesynode als zu Recht bestehend betrachtet und die von ihr erlassenen Kirchengesetze als rechtsgültig ansieht. Die Reichsregierung soll aufgefordert werden, das Reichsgericht als Staatsgerichtshof zur Entscheidung über die entgegenstehenden Ansichten des Landtages und der Landesynode einzusetzen.

Beauftragt mit der schwedischen Regierungsbildung beauftragt. Das schwedische Kabinett ist durch die Demission des Finanzministers in seiner Gesamtheit zum Rücktritt gezwungen worden. Rammehar hat der König dem früheren Ministerpräsidenten Szantzing den Auftrag gegeben, die neue Regierung zu bilden.

Wahlbewegung

Ächter Distrikt. Nicht gedrängt füllten die Frauen, darunter viele, die man sonst nicht in früheren Versammlungen zu sehen bekam, die Schulaula Petersburger Straße, wo in einer Wählerinnenversammlung der U. S. P. Genossin Marie Kauer über das Thema „Strafgesetzbuch und Ritterschaftszwang“ unter hartem Beifall referierte. Eine Diskussion fand nicht statt. Im Schlusswort forderte Genossin Kauer die Anwesenden auf, die U. S. P. D. nicht nur zu unterstützen in der Behauptung der überlebten, ungerechten und unsozialen Abtreibungsparagrafen des Strafgesetzbuches, sondern auch durch regere aktive Teilnahme am Klassenkampf. In dem Wortführer der Landtagswahlen müsse jede überzeugte Sozialistin ihre Schuldigkeit tun, indifferenten Frauen den rechten Gebrauch der Waffe des Stimmzettels zu lehren und so der U. S. P. D. einen vollen Sieg zu verschaffen. — Geseung hatte die Versammlung Stimmungswort eröffnet, ein Hoch auf die U. S. P. D., in das alle begeistert einstimmten, schloß den prächtig verlaufenen Abend.

Karlshorst. In einer öffentlichen Wählerversammlung im Gymnasium sprach am Montag Genosse Kahlold. Er wies darauf hin, daß Deutschland im Weltkrieg militärisch geschlagen worden sei und daß an der Niederlage diejenigen schuldig seien, die sich heute wieder als die berufenen Führer des Volkes aufspielen möchten. Der Versailler Friedensvertrag und die Pariser Beschlüsse seien die direkte Folge der deutschen Kriegspolitik. Wenn sich die Arbeiterklasse aus den Fesseln des Friedensvertrages befreien wolle, müsse sie in erster Linie den Kampf gegen die deutschen Kriegsverbrecher und alle jene Parteien aufnehmen, die sich durch die Unterstützung der kaiserlichen Politik mitschuldig gemacht hätten an dem Verbrechen des Weltkrieges. Kahlold besprach dann das Verlangen der Koalitionsregierung in Preußen, beabsichtige die Wirksamkeit Wilhelm Hohenzollerns und forderte zum Schluß die Arbeiter auf, am 20. Februar geschlossen für die U. S. P. D. zu stimmen, durch die Wahlmachung des letzten Wählers zu verhindern, daß sich die Reaktion im preussischen Landtag schließt. — Als zweiter Redner sprach Genosse Jachert über die Stellung der Beamten zu den Preußenwahlen. Genosse Jachert lehnte den Verfall der Beamten ab, daß im alten Preußen die Beamten völlig rechtlos gewesen seien, und daß die Resolution in dieser Hinsicht einige wesentliche Veränderungen gebracht habe. Leider wüßten viele Beamte heute noch nicht, daß ihre Interessen von förmlichen bürgerlichen Parteien mißachtet würden. Die Rechtsparteien, die in erster Linie um die Stimmen der Beamten werben, wären die schlimmsten Feinde der Koalitionsfreiheit. Wenn sie erst wieder zur Macht gekommen sind, werden sie keinen Augenblick zögern, die alten Zustände wieder einzuführen. Genosse Jachert forderte die Beamten schließlich auf, am Wahltag für die U. S. P. D. zu stimmen, die sowohl im preussischen Landtag als auch im Reichstag die Interessen der Beamten am besten vertreten habe. — In der Diskussion sprachen zwei Kommunisten. Sie konnten den Eindruck nicht verwehren, den die beiden Referate hinterlassen hatten.

Bernau. In einer gut besuchten Wählerversammlung referierte am Montag im Lokal Wellenre der Genosse Koch-Berlin über „Preußenwahl und U. S. P.“ Der Referent verstand es, in schillernder Form die Versammlung auf die Bedeutung der Preußenwahl hinzuweisen und erntete zum Schluß seiner Ausführungen harten Beifall. In der Diskussion versuchten zwei als Kommunisten und Novembersozialisten bekannte Kommunisten für die K. P. D. Stimmung zu machen, wußten aber weiter nichts als die alten abgedroschenen Kameleien aufzuführen. Im Schlusswort rechnete Genosse Koch unter Beifall der Versammlung mit diesen Ueberresolutionsrednern gründlich ab.

Theater und Vergnügungen

Volkstheater
7 Uhr:
Nach Damaskus II. u. III. Teil

Neues Volkstheater
Sprenger Str. 65.
7 1/2 Uhr: Maria Magdalena

Staatstheater.
Opernhaus
Ritter Blaubart
Schauspielhaus
Torquato Tasso

Deutsches Theater
8 Uhr: César u. Kleopatra

Kammerspiele
7 1/2 Uhr: Stella

Großes Schauspielhaus
Königsplatz
7 Uhr: Fieslen Gezer
(Kügel Abonnement)

Königgräber Str.
8 Uhr: Salome
(Königgräber, Pabst, Grotz, Conrad Heide, Hof, Völkchen, Ernst Bernburg)

Romödienhaus
Das weiße Lämmchen
mit Max Pollenborg
(Bernhard Hinkel, Emma Sturm, Helga Stiebo, Olga Engel, Eva Beck, Frieda Lehmann)

Berliner Theater
Die spanische Nachtigall
mit Fritz Hofmann
Erg. nachm.: Der letzte Walzer

Stranion-Theater
Täglich 8 Uhr:
Die Gesellschaft des Abbé Chateaufauf

Residenz-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Lady Windermere's Fächer
von Oscar Wilde
(Königgräber, Grotz, Heide, Conrad, Hof, Völkchen, Ernst Bernburg)

Kleines Theater
Unter den Linden 44
Täglich 7 1/2 Uhr:
Calanotas Sohn

Rose-Theater
Erheuerstraße
7 1/2 Uhr: Dr. Klaus

Theater am Hollendorfsplatz
7 Uhr:
Wenn Liebe erwacht...

Thalia-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Mascottchen

Leffing-Theater
Direkt.: Victor Varnowoh
Heute und Donnerstag
7 1/2 Uhr: Ein idealer Gatte
(Dulox, Götz, Loos)

Freitag 7 Uhr: Peer Gant
Sonntag und Sonntag
7 1/2 Uhr: Ein idealer Gatte

Deutsches Künstler-Theater
Müdenblich 7 1/2 Uhr:
Die Scheidungsreise
(Max Adalbert, Trude Heisterberg)

Königstodt-Theater
Alexanderstr. 21 Bf. Jannowitz
Täglich 7.30 Uhr:
Gala-Sänger

Casino-Theater
1/8 Der Großfürst
Erg. 2 1/2 Uhr: Eine ideale Ehe

Volles Capriccio
1/8 am Drankenburg Tor
Der schlaue Theophil
am Freitag, 18. 2., 1/2, 8 Uhr:
Premiere

7 1/2 Apollotheater 7 1/2
Sensations-Ausstattungsstück
Madame Dubarry's
Liebesleben
mit der weltberühmten
Schauspielerin
Scharot

Theater a. Kottbuser Tor.
Kottbuser Straße 8-7.
Tägl. 7 1/2 u. Sonntag
nachm. 3 Uhr
Eink-Sänger
Zum Schluß: „Der
Kriegsgewinnler.“
Nachm. nach Pr.:
Vorr. 11-12 u. 4-6
u. 4. Tageskasse u.
Leipz. Str. 51/52/53/54/55

„Weiße Wode“
im
Residenz-Kasino
Blumenstraße 10

METROPOL
KARL-LIEBKOW-STR. 7
THEATER-KABARETT

Der lustige Spielplan
Schauspielhaus 54.
Müdenblich 7 1/2 Uhr

SCALA
LUTHERSTRASSE
DIE 730
VARIÉTÉ-BÜHNE

NEUE WELT
Arnold Scholz
Hasenheide 109-114
Mittwoch, 16. Februar:
bayr. Bierfest
Ausverkauf!

Herbert Epstein, Charlottenburg
Taugogener Str. 9. Post. 1, II, am Luisenplatz
Schwerhörig: 1. Platz 8, 8, 10, 18, 54, 104; 2. Platz Jungfernst.

Arbeiter - Wäsche
zu Fabrikpreisen

Frauen-Unterwäsche u. Hosen, farbig 18.- bis 22.- M.
für Kinder 12.- bis 16.- M.
mit Spitzen per Stück 5.- M. Kuffelack
Elegante Männer-Strümpfe 25.- M.
Beste Verarbeitung. Keine Reibzwang. Solange der Vorrat reicht

Nur abends zwischen 5 bis 8 Uhr

Herbert Epstein, Charlottenburg I
Taugogener Str. 9. Post. 1, II, am Luisenplatz
Schwerhörig: 1. Platz 8, 8, 10, 18, 54, 104; 2. Platz Jungfernst.

Persil

wäscht
schneeweiß,
ersetzt Rasenbleiche,
schont und erhält
die Wäsche.

spart Arbeit
Säse u. Kohlen.

Bestes und billigstes
selbstläufiges
Waschmittel

Preis Mk. 4.- das Paket

Henkel & Cie.,
Düsseldorf.

Die gute MASSARY Zigarette

Urteilen!
Sie selbst!

Schon seit langem
werden unsere Fabrikate wegen ihrer anerkannt guten Eigenschaften im Volksmunde **die guten MASSARY Zigaretten** genannt.

Darum bleibt unser Grundsatz: **GUTE WARE, EINFACHE AUSSTATTUNG!**

Wer bezahlt die Ausstattung? In dieser Frage liegt die Antwort: **Luxuspäckungen stellen eine Belastung dar, die die Qualität der Zigaretten wesentlich beeinflusst.**

Mit Rücksicht darauf sind unsere neuen Päckungen schlicht gehalten, aber doch von eigenartig künstlerischem Gepräge, das den verwöhntesten Ansprüchen genügen wird.

Urteilen Sie selbst!

Aus oben angeführten Gründen sind wir in der angenehmen Lage, unsere beliebten Marken **Massary „Classe“ 30s**, **Massary „Caid“ 40s**, **Massary „Roal“ 50s** auch weiterhin **zu alten Preisen** bei immer gleich guten Qualitäten auf den Markt zu bringen.

MASSARY
Zigarettenfabrik.

KON LINON

Gäle

für Versammlungen, 50-200 Personen
Gute Verpackung = **Nackoscher Hof**,
Klosterstr. 40/41 = Norden 3215

Briefmarken :: Münzen
kauft Großmann, Johannisstr. 4.
Zugang v. d. Friedrichstr. (Plz. 108) Norden 108 21

Geid

für jede Veranlassung, höchste Ankerpreise für Plaudereien, Brillanten, Goldgruben, Tropfen, Fächer usw. Wolff, Friedrichstr. 41, III. E. 108 21

Quecksilber, Zinn
kauft Near Kochstraße 58.
Telephon: Humboldt 2778.

Schlafzimmer

eichenes, Spiegelschrank, Marmortische mit Facetten-Spiegel, Nachtschere, Bettstellen mit Stahlmatten, Kasten für 3500,-; daselbst weiß lackiert 3500,-; Herrenzimmer, 2 m. Bibliothek komplett 4650,-; Speisezimmer geblühter Kunstleder, mit 6 schenkelbeten, Kücheneinrichtung 5750,-; Kabinen mit 4000,-; maßbaum Stanztüren 1200,-. Viele Gelegenheitskäufe in schweren Zimmerausstattungen u. Einzelst. zu enorm billigen Preisen.

Hans Lennert
Berlin N. Köpenicker Str. 56
am Kottbuser Platz.

Zigaretten Großhandlung

Verk. nur an Wiederverkäufer. Gr. Auswahl bek. Marken. Engrospreise. Alexanderplatz 3, 1 Tr.

Reichel's Magentropfen

Seit über 25 Jahren erfolgreich erprobt und bewährt durch ihre große Wirkung bei Magenleiden und Verdauungsstörungen. Einzlg. Originalfl. 13.50 M. Probel. 6.00 M. Wo nicht erhältlich, wende man sich an **Otto Reichel, Berlin 46 SO, Eisenbahnstr. 4**

Spezialarzt Dr. med. Klohn

Gröbberstr. 67 p., 1067 (auch Dienst.), Tel. 10-2. Gonorrhö, Blasen-, Harnleiden, Syphilis, Neuenleid, Blutunterl., Behr., dauernde Heilung. Schmerzlose Behandlung in kürzester Zeit ohne Betäubung.

Spezialarzt Dr. med. Ischias

zur Heilung von Ischias. In der Ischias in 15 Tagen heilbar. Hierüber unentgeltlich. Gertr. beh. u. Referenzen. Invalidenstr. 108, **Jacoby** von 8-2.

Händler! Seife und Reinigungsmittel

sehr billig
Doppelriegel
2.70 Mark
St. Frankfurt, Str. 13
Dieb., Ecke Randsbörger Str.

Möbel

zu bedeutend herabgesetzten Preisen. Bar. od. Teilzahlung bei kleinster Anz. und Abzahlung.

Büro- u. Wohnzimmerschichten
Schlafzimmer, Wohnzimmer, Herrenzimmer, Speisezimmer
Bunte Kissen
Elegante Möbel
Lieferung auch n. auswärts
Küchen- u. Badmöbel

Möbel-Cohn
Gr. Frankfurter Str. 58
5 Min. v. Alexanderpl.
Filiale: Badstr. 47-48.
5 Min. v. Bf. Gesundbr.

Raucher dank!

Das seltene Mittel, das Raucher ganz od. teilweise angestrichen, Wirkung verhilft. Verkauf umsonst. Vers. 100. Artikel 89. Engelhardt, Mühlent. 21, Rosengartenstr. 9.

Brockhaus-Konversationslexikon, 14. (letzte) Auflage in 17 Bänden. In der Buchhandlung „Freiheit“, Breite Str. 89.

25 Prozent Rabatt auf leicht beschaffte Bücher und Zeitschriften. Buchhandlung „Freiheit“, Breite Str. 89.

Deutscher Metallarbeiter-Verein
Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige

Den Kollegen zur Nachricht, daß folgende Mitglieder gestorben sind:
Der Bankier **Paul Braun**
am 11. Februar.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 16. d. Mts., abends 4,7 Uhr, im Krematorium, Gerichtstr., statt.
Der Kenner **Gustav Krüger**
am 12. Februar.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 17. d. Mts., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Alten Volks-Richtofes, Seelstr., aus statt.
Der Arbeiter **Wilhelm Obst**
am 12. Februar.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 16. d. Mts., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Städt. Stahndorfer Richtofes aus statt.
Der Arbeiter **Otto Reichhelm**
am 12. Februar.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 16. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Johanniss-Richtofes in Pflanzener aus statt.
Rige Beteiligung wird erwartet.

Nachruf

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schlosser **Max Bröckelmann**
am 8. Februar 1921 gestorben ist.
Euer ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verein
Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Untenstr. 83-85

Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1087, 9714.

Am Donnerstag, den 17. Februar 1921, nachm. 4 1/2 Uhr
in den Mühlent. 21, Kaiser-Wilhelm-Str. 31

Branchenversammlung
der Zigarettenmaschinenführer und Betriebshandwerker.

Tagesordnung: Fortsetzung der vorletzten Versammlung. Zur Legitimation dient Mitgliedsbuch und Karte.
Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Asphaltteure
Ortsverwaltung Berlin.

Freitag, den 18. Februar 1921, abends 7 Uhr
Mitglieder-Versammlung
im Gewerkschaftshaus, Engelst. 15 (Coal II).

Tagesordnung:
1. Vortrag des Genossen Vohl über die wirtschaftliche Lage im allgemeinen
2. Diskussion — 3. Verhandlungsgegenstände — 4. Verschiedenes
Das Erscheinen sämtlicher Kollegen ist dringend erforderlich
Mitgliedsbuch legitimiert!
Die Ortsverwaltung, J. K.: Bruno Pirke

Möbel bedeutend billiger
auf Bar oder Kredit
bei kleinster Anz. und Abzahlung
Lieferung auch nach auswärts

Möbel-Groß
Große Frankfurter Straße 141
Invalidenstr. 5, Eingang Alderstr.

Botenfrau
sofort verlangt

Expedition Lichtenberg, Tasdorfer Straße 25.
Expedition Krüger, Neukölln, Emser Straße 32

Kriegsanleihe wird zu 8 1/2 % in Zahlung genommen!

Spotthilf!!!

Herrliche Pelzmäntel 2000, 3000, 4000, 5000
Feine Plüschmäntel 650, 950 Sealplüschmäntel 1900

Gediegene Ulster ... 135 Krimmermäntel ... 825
Gummimäntel für Damen 398 Gummimäntel für Herren 450
Strickjacken ... 45-290 Astrachanmäntel 120 1003 328

Wundervolle Kostüme • Covertcoatmäntel • Frühjahrs-Modelle

sehr preiswert!

Impr. Seidenmäntel . . . 250 Wasserdichte Regenmäntel 192
Röcke in großer Auswahl . . . von 44-350 Einsegnungskleider von 165-350

Westmann

1. Geschäft: Berlin W, Mohrenstrasse 37a
2. Geschäft: Berlin NO, Gr. Frankfurter Str. 115

Groß-Berlin

Bezirksverband Berlin-Brandenburg

Stimmzettel und neue Flugblätter für alle Groß-Berliner Ortsgruppen von morgen, Donnerstag, im Bureau abholen.

Freitag, nachmittags 5 Uhr, in Groß-Berlin Flugblattverbreitung

von den bekannten Lokalen. Nachher gemeinsamer Besuch der Versammlungen.

Genossinnen und Genossen, jeder Tag muß noch ausgenützt werden, niemand darf jetzt bei der Arbeit fehlen.

Ausweise für die Preußenwahl mitbringen!

In vielen Gemeinden Groß-Berlins war es üblich, den Wählern zu allen Wahlen besondere Wahlkarten ins Haus zu schicken...

Fünfter Verwaltungsbezirk (Friedrichshagen). Sitzung der Stadt- und Bezirksverordneten mit dem Vorsitzenden der kommunalen Kommission Donnerstag, 7 Uhr, bei Falk, Küdersdorfer Str. 18.

Monatskarten und Schülermonatskarten der normalen Berliner Stadtbahn. Für den Bereich der ehemaligen Berliner Stadtbahn...

Finsternis

Novelle von Leonid Andrejew

Deutsch von Dr. O. E. Politzki

„Nun?“ „Gib mir deine Hand.“ „Er ergriß ihre Hand und führte sie respektvoll an die Lippen...“

Schwindel mit gekohlten Briefbögen. Einen großen Schwindel hatte der Kaufmann Gerhard Dinfela ins Werk gesetzt...

Lichtbildervortrag für Jugendliche in Potsdam. Das städtische Jugendamt, Abteilung Jugendpflege, nimmt mit dem 14. Februar 1921 wieder die so schnell beliebt gewordenen Veranstaltungen...

Freizeitliche Gemeinde. Ortsgruppe Buch. Donnerstag, den 17. Februar, abends 7 Uhr, im Lokal von Lange, öffentliche Versammlung.

Verloren. Am Freitag, den 11. Februar, abends 6 1/2 bis 7 1/2 Uhr, wurden in der Brunnenstraße zwischen Demminer Straße und Schönholzer Straße zwei Mitgliedsbücher des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes verloren.

Gewerkchaftliches

Der Achtstundentag im Bankgewerbe

Nachdem monatelang ein heftiger Kampf zwischen den Betriebsräten der Berliner Großbanken und den Direktionen über den Abbau der oft bis in die frühen Morgenstunden hinein ausgeübten Überarbeit geführt worden war...

Soll soviel Mühe und Arbeit umsonst sein?

Schützt Euren Antrag auf Eintragung in die Stimmlisten durch sofortige Erhebung des Einspruchs, falls ihr noch nicht schriftlich oder telegraphisch vom paritätischen Ausschuss oder vom deutschen Plebiszitarkommissariat Nachricht über erfolgte Eintragung erhalten habt.

Legt dem Einspruch einen politisch beglaubigten Personalausweis und weitere Legitimationspapiere bei. Die Ortsgruppe wird Euch beraten. Am 18. Februar muß Euer Einspruch spätestens von hier abgehen.

Die Paritätsausschüsse sind größtenteils polnisch besetzt und benutzen jeden Vorwand, um Eure Anträge zu Fall zu bringen.

Beispiele für Beanstandungen:

- weil der Rufname nicht unterstrichen sei, weil die Zeugen bei Vorlegung des 4 mal 4 cm-Bildchens aus einer Mehrzahl vorgelegter Bilder den seit 20 Jahren aus Oberdeutschland abwesenden Stimmberechtigten nicht sofort herauserkennen und nicht sofort seinen Namen angeben konnten...

Das sind Beispiele, wie gegen uns gearbeitet wird. - Schützt also jeden Antrag, bei dem ihr nicht zuverlässig erfahren habt, daß ihr in die Stimmliste eingetragen seid, durch Einspruch!

Geht auch in jedem Zweifelsfalle zur Ortsgruppe. Vereinigte Verbände heimattreuer Oberschlesier.

Die Bankangestellten wissen genau, daß die Betriebe, in denen sie tätig sind, heute Hochburgen des Schieberturns geworden sind, die infolge der reichlich abfallenden Gewinne die kraußt ausgearbeitete Spekulationswut in jeder Weise begünstigen.

Tausende von arbeitslosen Angestellten laufen in Wind und Wetter hungrig und arbeitslos auf der Straße herum. In den Banken aber werden ebenso Tausende von Arbeitsträgern tagaus tagein um die letzte Errungenschaft der Revolution, ihre menschenwürdige Arbeitszeit, betrogen.

An der Dessenitätlichkeit, an den Arbeitslosen, an den Arbeitsnachweiser, aber nicht zuletzt auch an den betrogenen und ausgebeuteten Bankangestellten selbst wird es liegen, ob sie diese Zustände weiter dulden werden.

Der Allgemeine Verband der Deutschen Bankangestellten, die freigewerkschaftliche Organisation im Bankgewerbe, hat sich unter scharfen Protesten gegen dieses Vorgehen des Oberpräsidenten an den Arbeitsminister gewandt und diesen ersucht selbst zu dieser Verfügung Stellung zu nehmen.

„Ja, wo hast du denn dein Gewissen, was machst du mit mir! Lebend werde ich mich nicht ergeben, verreckst du? Aber ich bin tot, begreift du, du Schuft? Tot bin ich. Aber da...“

„Boll Jörn, den er nicht mehr zurückhalten konnte, schlenkte er sie von sich und sie schlug mit dem Hinterkopf an die Wand an. Offenbar war er nicht mehr Herr seiner Gedanken...“

Das alles kam anders, als er es erwartete; irgend etwas Ungereimtes, Sinnloses kam heraus, ein hysterischer, wild, trunkenes Chaos mit seiner verzerrten Frage. Er suchte mit den Schultern, steckte die unnötige Waffe ein und begann das Zimmer zu durchschreiten.

Solche Tränen sah er noch nie und das verwirrte ihn. Er zog mechanisch die Hände aus den Taschen und sagte leise: „Ljuba...“ Sie weinte noch immer. „Ljuba! Worüber weinst du, Ljuba?“

Wie aus weiter Ferne, dumpf und tränenvoll: „Warte noch hier... Dort sind... Offiziere gekommen... Sie könnten... dich... O mein Gott, was ist mit mir...“

Sie setzte sich rasch auf's Bett und erstarrte - die Arme zurückgeworfen und mit unbeweglich, weit geöffneten Augen vor sich hinblinzelnd. Und wieder warf sich das Mädchen auf's Gesicht und schluchzte.

„Trinke... ich bitte dich... bitte.“ „Nein... ich mag nicht. Es ist nicht nötig. Es geht auch so vorüber.“

Und wirklich beruhigte sie sich. Die Tränen versiegten... noch ein oder das andere Mal ein hohles, langgezogenes Aufschluchzen und die Schultern zitterten nicht mehr und wurden unbeweglich und tief nachdenklich.

„Ist dir besser? Ljuba? ... Ljubotscha? ...“ Ohne zu antworten, leuchtete sie gedehnt auf, drehte sich um und sah ihn rasch und kurz an. Dann stellte sie die Füße auf den Boden, setzte sich neben ihn, sah ihn wieder an und wuschle sein Gesicht und seine Augen mit ihren Haarflechten ab.

„Ljuba!“ (Fortsetzung folgt.)

